

BürgerInnenbrief **Mitte**

26. Juni 2008



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Themen: +++ Litfaßsäule +++ Was machen SPD & GAL in Mitte? +++ Hamburgs Finanzloch +++ Bürgerbüros

»Rettet die Litfaßsäule!«



Als noch Blumen aus der Litfaßsäule auf dem Ossietzky-Platz verkauft wurden...

Unter dieser Parole wird gegenwärtig in St. Georg mobilisiert, um den drohenden Abriss der Litfaßsäule am Carl-von-Ossietzky-Platz zu verhindern. Im August will die »Hamburger Außenwerbung« (HAW) der urigen, innen begehbaren und mit einer Toilette ausgestatteten Litfaßsäule den Garaus machen. Stattdessen soll eine »hinterleuchtete Säule« kommen: modern, gläsern, glatt und nichtssagend!

Ein solches Abholzen von alten Merkzeichen, von Dingen, die über einen langen Zeitraum das Bild den Stadtteil geprägt haben, auch wenn man sie im Alltag oft gar nicht bewusst wahrgenommen hat, ist nicht gut für das Viertel. Deshalb sollte die Litfaßsäule erhalten bleiben. Über eine Kleine Anfrage in der Bürgerschaft erfahre ich vom Senat, dass in Ham-

burg noch rund 1.800 Säulen verschiedener Art existieren, davon keine unter Denkmalschutz steht, aber alle in den nächsten Jahren vom Abriss bedroht sind. Ein drohender Kulturverlust und ein weiteres Zeichen der Kommerzialisierung, denen rechtzeitig Einhalt geboten werden sollte!

Man muss sich nur einmal Erich Kästners Kinderkrimi-Klassiker »Emil und die Detektive« in Erinnerung rufen - und schon hält man die Litfaßsäule für unverzichtbar. Viele St. GeorgerInnen erinnern sich noch gerne daran, dass bis vor einigen Jahren Blumen aus der Litfaßsäule heraus verkauft wurden - von den Arbeitsbedingungen der BlumenverkäuferInnen, allemal im Winter, will ich an dieser Stelle allerdings lieber schweigen.

Sympathisch finde ich jedenfalls die Idee, die seit Jahrzehnten für Werbezwecke genutzte Riesenrolle an der Langen Reihe zur ersten kommunalen Litfaßsäule in Hamburg zu machen. Die seit 1990 rein ehrenamtlich engagierte Geschichtswerkstatt St. Georg hat angeboten, die Koordination, d.h. die Verantwortung für die Übernahme und die Pflege, zu übernehmen. Dann hätten alle Stadtteilgruppen die Möglichkeit, ihre Ankündigungen und Informationen an zentraler Stelle, eben am St. Georger Marktplatz, an den Mann und die Frau zu bringen.

Insofern steht die Litfaßsäule tatsächlich für so etwas wie ein »Marktplatz« im übertragenen Sinne: Für den Austausch von Gedanken und Anregungen, für Kommunikation und Vernetzung. Der Stadtteilbeirat hat einstimmig für den Erhalt der Litfaßsäule auf dem Ossietzky-Platz votiert, die CDU wird in der Bezirksversammlung einen Antrag einbringen, in dem die Geschichtswerkstatt gefragt bzw. aufgefordert wird, die Koordination zu übernehmen

Zusammen mit den Stadtteilgruppen setze ich mich für den Erhalt der Litfaßsäule ein, und auch die Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte wird sicherlich in dieser Richtung tätig werden. Selbstverständlich bin ich auch bei der Aktion dabei, zu der der Einwohnerverein St. Georg für Dienstag, **den 1. Juli, um 18 Uhr auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz unter dem Motto »Rettet die Litfaßsäule!«** einlädt.



Muss ein Merkmal an der Langen Reihe werden: Litfaßsäule auf dem Ossietzky-Platz

Was machen SPD und GAL im Bezirk Mitte?

Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und GAL zeichnet sich insgesamt durch eine positive Tonlage aus, bei der wiederholt auf eine »bürgernahe Politik«, die »Stärkung guter Nachbarschaften« und die »aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger« abgehoben wird. Einerseits sollen damit Argumente für die unverzichtbare Fortsetzung der bisherigen, angeblich so großartigen Kooperation von SPD und GAL geliefert werden, andererseits schlägt sich denn doch in so mancher Formulierung die Wahrnehmung von Kritik und damit die Angst vor dem Abbröckeln der eigenen Machtpositionen nieder.

In dem Papier tauchen eine Reihe von Vorhaben und Forderungen auf, die durchaus dem Stand kritischer (Stadtteil-)Initiativen entsprechen. Vieles bleibt allerdings auch im Nebulösen. Wichtig ist meines Erachtens, das Papier ständig parat zu haben – auch noch einmal zum Ende der laufenden 19. Legislaturperiode –, um die beiden Koalitionäre an ihre eigenen Versprechungen zu erinnern und sie auf bestimmte Positionen zu verpflichten. Die Hauptmängel:

- Eine Analyse der realen Situation im Bezirk Mitte wird nicht vorgenommen. Dies wird besonders offensichtlich, wenn man das Papier daran misst, in welcher Weise der arbeitslosen und verarmten Bevölkerung Aufmerksamkeit gezollt wird – nämlich fast keine. Dies aber ist ein zentraler Kritikpunkt, zumal Mitte in vielfacher Hinsicht als

der ärmste und problembeladenste Bezirk Hamburgs gilt. Das vielschichtige Thema Armut und Benachteiligung ist in der Koalitionsvereinbarung völlig unterbelichtet.

- Eine Schwerpunktsetzung, gar eine, aus der die damit verbundenen finanziellen Erfordernisse hervorgehen, wird nicht vorgenommen. Über weite Strecken liest sich der Katalog wie eine Wunschliste, um es möglichst vielen Menschen, Gruppen und Stadtteilen recht zu machen.
- Eine ganze Menge durchaus begrüßenswerter Punkte werden zwar benannt, bleiben aber höchst unkonkret oder werden lediglich mit einem Prüfungsvermerk versehen. Papiere und Prüfungen aber sind bekanntlich geduldig. Entscheidend ist, wirkliche Verbesserungen umzusetzen. Welche das real sein werden, ist der Koalitionsvereinbarung nur in Ansätzen zu entnehmen.
- Nichtsdestoweniger: Viele Einzelpunkte bieten Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Nehmen wir die Versprechungen der Koalition zum Anlass, reale Verbesserungen durchzusetzen und immer wieder auf die sozialen Bedürfnisse der (benachteiligten) Menschen hinzuweisen.

Sonntagsreden und die harte Realität

Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung ist durchgängig geprägt von der Kluft zwischen Sonntagsansprache und alltäglicher Realität:

So steht dem Anspruch »rot-grüne Stadtentwicklung (stellt den Menschen in den Mittelpunkt« etwa die traurige Wirklichkeit in St. Georg gegenüber. Da werden z.B. im Bereich Lange Reihe/Gurlittstraße/Koppel einige Häuser von den Besitzern über Jahre sich selbst überlassen. In zwei Fällen wird sogar mittels eines Brandanschlages »nachgeholfen«. Gegen den ausdrücklichen Protest des Stadtteilbeirats werden daraufhin etwa ein halbes Dutzend durchaus sanierungsfähiger Altbauten zum Abriss freigegeben, um hier »hochwertige« Eigentumswohnungen (zum Preis von bis zu 700.000-800.000 Euro) entstehen zu lassen. In zwei Fällen wird eine bauliche Erhaltungssatzung angewandt, d.h., es sind zwei Fassaden stehen geblieben, um das »gewachsene Stadtteilbild« zu erhalten, was vor allem die GAL nicht müde wird, als Erfolg zu verkaufen. Die hinter diesen Fassaden gelegenen, günstigen Mietwohnungen gibt es allerdings nicht mehr, sie wurden den edlen Eigentumswohnungen geopfert.

Wo steht hier nun der Mensch im Mittelpunkt? Ich denke, dass wir solcherart Beispiele in der einen oder anderen Form in allen Stadtteilen finden – wir sollten nicht müde werden, die verantwortlichen PolitikerInnen damit zu konfrontieren und auf Alternativen hinzuweisen.

Nachhaltige Quartiersentwicklung?

Als Ergebnis der rot-grünen Politik im Bezirk Mitte wird begrüßt, dass aus »ehemaligen Problemquartieren« neuerdings »beliebte und integrationsstarke »In-Viertel« entwickelt« worden seien. Später wird auch auf »die Schattenseite der dynamischen Entwicklung« verwiesen, auf »steigende Mietpreise und Verdrängungsprozesse, die zur sozialen Entmischung führen können«. Hier ist festzustellen, dass die Entmischung in den innerstädtischen Quartieren längst spürbares, ja dramatisches Faktum ist. Seit zehn und mehr Jahren eiern SPD und GAL herum, diese Verdrängungsprozesse klipp und klar anzuerkennen (und auch als Ergebnis der eigenen, gewollten Politik zu verstehen), obwohl allein die statistischen Werte in St. Pauli, St. Georg, in der Neustadt etc. ganz eindeutig belegen, dass der Anteil der arbeitslosen, auf Sozialhilfe bzw. Hartz IV angewiesenen Menschen, der Familien, der Kinder und SeniorInnen wie auch der AusländerInnen stark rückläufig ist, also gerade der Bevölkerungsgruppen, die im Durchschnitt über weniger Kohle verfügen. Hier empfehle ich allen Stadtteilgruppen, die Sozialdaten des Statistikamtes Nord zu sichten und für die Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen.

Schön ist das Versprechen, »für Gebiete, in denen Umwandlungs- und Aufwertungstendenzen zu beobachten sind, die Instrumente der Sozialen Erhaltungs- und der Umwandlungsverordnungen aktiv« zu nutzen. Hätte man das schon vor Jahren gemacht, wäre man heute nicht in solchem Maße mit der Verdrängungsproblematik konfrontiert. Wie fragwürdig dieses politische Versprechen ist, zeigt sich, wenn z.B. für St. Pauli und St. Georg lediglich eine Prüfung des Erlasses einer Sozialen Erhaltungssatzung in Aussicht gestellt wird. Und dies, obwohl die Notwendigkeit von Stadtteilgruppen seit über zehn Jahren gesehen und eine sofortige Umsetzung gefordert wird.

Sich für eine »nachhaltige Quartiersentwicklung« einzusetzen, ist zweifellos eine gute Sache. Dass die Bezirke mehr Ressourcenzuweisungen vom Senat brauchen, ist allerdings eine Binsenweisheit. Interessanter ist schon der Punkt, dass geförderte Projekte auch mit Betriebsmitteln ausgestattet werden müssen. Bisher ist es so, dass neuen Projekten aus den Fördertöpfen zwar Ausgangsinvestitionen (z.B. für bauliche Maßnahmen) ermöglicht wurden, aber es fehlte regelmäßig an Zusagen für die laufenden Betriebskosten, erst Recht für das nötige Personal.

Bauausstellung und Gartenschau

Völlig nebulös bleiben in diesem Kapitel die Zielvorstellungen zur Internationalen Bauausstellung (IBA) und zur Internationalen Gartenschau (IGS). Inwiefern muss die »Stadtteilentwicklung im Rahmen der IBA/IGS im Hinblick auf die Ziele und Maßnahmen stärker in den Stadtteilen verankert und abgestimmt werden«? Dies ist ein interessanter Aspekt, steht damit doch offenbar die Auseinandersetzung um die Verpulverung von öffentlichen Mitteln für zumindest zwiespältige Projekte nicht nur in Wilhelmsburg – wie bisher –, sondern auch in anderen Vierteln an. Es kann für eine politische Debatte nur förderlich sein, wenn gerade auch von bezirklicher Seite der Zusammenhang von Planungen in Wilhelmsburg und in der Hafencity stärker verknüpft wird mit den Entwicklungen in den anderen Stadtteilen (z.B. mit Blick auf den teuren Bau einer U-Bahnlinie in die Hafencity, während Steilshoop nach Jahrzehnten auch weiterhin nicht ans U-Bahn-Netz angeschlossen wird).

MigrantInnen und »Papierlose«

Zu einer vernünftigen Bestandsaufnahme der Probleme im Bezirk gehört auch die Frage, warum denn der Anteil der MigrantInnen im Bezirk so signifikant bzw. in bestimmten Vierteln überdurchschnittlich rückläufig ist. Nur wenn darauf eine überzeugende und selbstkritische Antwort gefunden wird, kann man die begonnene und angeblich so »aktive zukunftsweisende Integrationspolitik« fortsetzen.

Weder ist hier vom kommunalen Ausländerwahlrecht die Rede – eine Forderung, die beispielsweise in Wilhelmsburg seit Jahren laut und deutlich artikuliert wird –, noch wird auch nur erwähnt, wie zwiespältig sich der Bezirk z.B. gegenüber dem Bau einer repräsentativen Moschee zwischen der Linden- und der Böckmannstraße verhalten hat. Das Projekt ist vor kurzem nach zehnjähriger (!) Debatte und Planung ad acta gelegt worden.

Warum sind die »Papierlosen« bisher nur ein Thema von kleinen Initiativen und seit kurzem von ver.di und nicht der städtischen (Bezirks-)Verwaltung? Welche Rolle spielt die Abschiebungspraxis im ausländerreichsten Bezirk Hamburgs und was wurde zur Milderung (wenn schon nicht Überwindung) der teilweise unmenschlichen Vorgehensweise getan oder was wird geplant? Warum erhält das »Café Exil« in der Spaldingstraße weder Anerkennung noch Unterstützung? Warum ist nach Abschaffung des Amtes des/der Ausländerbeauftragten so wenig auch auf Bezirksebene passiert, zumal

der »Integrationsbeirat« kaum noch spürbare Initiativen im Allgemeinen und Beratung sowie Hilfe für die Betroffenen im Besonderen zustande gebracht hat?

Bedarfsgerechte Sozialräume

Das Sozialraummanagement, das laut Bezirksverwaltungsreform/-gesetz und Koalitionsvereinbarung auf Senatsebene in allen Bezirken umzusetzen ist, befindet sich gerade in Mitte auf einem unterentwickelten Niveau. Bisher ist noch unklar, um welche abgrenzbaren Sozialräume es genau gehen soll, wobei der Grundansatz - bevölkerungsgruppen- und ggfs. auch quartiersübergreifend bedarfsgerechte Angebote zu machen - sicherlich sinnvoll. Da das Sozialraummanagement aber keine über den einzelnen Fachämtern angesiedelte Ebene ist, sind Konflikte mit den verschiedenen Bereichen (Jugend, Soziales etc.) vorprogrammiert.

Die in anderen Bezirken (wie z.B. in Nord) bereits vorangeschrittene Analyse der neu ausgemachten Sozialräume kann theoretisch eine neue Datenbasis für die quartiersbezogene Arbeit liefern: Wie viele SeniorInnen, AusländerInnen, Kinder und Jugendliche, Hartz IV-EmpfängerInnen, Erwerbslose etc. leben hier und welche Angebote gibt es vor Ort? Was fehlt dabei, wo sind zentrale Anlaufpunkte, die einer besonderen Förderung bedürfen?

Auch wenn das Sozialraummanagement im eigentlichen Sinne keinen eigenen oder übergreifenden Etat hat (das Geld

bleibt also in den Fachabteilungen), wird hier doch eine neue Steuerungsebene eingezogen, die auch einen sozialraumbezogenen Gesamtblick ermöglicht.

Turnhallen & Sportplätze

Von zentraler Bedeutung ist gegenwärtig für die Hamburger Sportbewegung die Sicherung und teilweise auch Neuschaffung von Hallen und Sportplätzen (z.B. in der Hafencity). Hier trifft die Kritik der Bezirkskoalitionäre an der CDU-Senatspolitik der letzten Jahre ins Schwarze. Wichtig für die sportinteressierten Menschen mit wenig Einkommen wäre eine Neuregelung der Mitgliedsbeiträge bzw. ihres Erlasses. Dafür ist von einigen Sportvereinen die Regelung getroffen worden, einen vereinsinternen Sozialfonds zu schaffen, aus dem die fehlenden Beiträge der Mitglieder mit geringem Einkommen ersetzt werden. Es wäre wünschenswert, dass auch auf bezirklicher Ebene entsprechende Regelungen gefunden würden.

Erhalt oder Umwandlung und Spekulation?

Nach anderthalbjähriger Diskussion ist kürzlich das Konzept für das Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte beschlossen worden. Darin finden sich viele gute und wichtige Aspekte (vom sozialen Wohnungsbau bis zur Erweiterung des Lohmühlenparks), die zur Zeit aber eher als eine Art Wunschkatalog daherkommen, ohne rechte Schwerpunktsetzung und ohne



Bedarfsgerechte Angebote in Mitte für die Aktivitäten der BürgerInnen müssen ausgebaut werden!

jegliche finanzielle Grundlegung. Nach zehn- bis fünfzehnjähriger Verzögerung haben sich SPD und GAL aufgerafft, eine soziale Erhaltungsverordnung anzugehen, wenn auch nur für das Sanierungsgebiet S3, von dem nicht klar ist, um welches es sich handelt, denn bisher gab es nur zwei. Wahrscheinlich ist das Sanierungsgebiet Böckmannstraße S2 gemeint, das zum Jahresende ausläuft und unmittelbar mit einer sozialen Erhaltungsverordnung versehen werden sollte.

Völlig unzureichend – und auch der Beschlusslage im Quartiersentwicklungskonzept widersprechend – ist das zarte Vorhaben, eine Erhaltungsverordnung für St. Georg-Mitte lediglich zu »prüfen« und das alsternahe St. Georg sogar völlig außen vor zu lassen, mithin den Umwandlungskönigen und Spekulanten in mehr oder wenigen kleinen, jedenfalls anhaltenden Schritten zu »übereignen«. Zehn bis 15 Jahre sind vergangen, in denen die gegenwärtige Entwicklung hätte frühzeitig gestoppt werden können. Doch dies ist nicht gewollt worden – weder von der GAL, noch von der SPD, noch von der CDU. Der Verlust von mehreren tausend BewohnerInnen und ein dramatischer Bevölkerungswandel bzw. -austausch sind die Folge.

Positiv ist sicherlich die Ausweisung des Münzplatz-Viertels als Themengebiet, wenngleich hier auch ein Sanierungsgebiet denkbar und sinnvoll gewesen wäre. Doch da noch 2007 unklar war, ob auch nur das Themengebiet kommt, kann dies als ein relativer Erfolg bewertet werden. Es ist nicht nur für die Mitte-Fraktion, sondern überhaupt für alle Bezirksfraktionen der LINKEN sinnvoll, sich alsbald mit den verschiedenen Förderwegen und ihren kurz-, mittel- und langfristigen Folgen vertraut zu machen.

Videoüberwachung/Lohmühlenpark/Wolgast-Schule

Der »Rückbau der Videoüberwachung auf dem Hansaplatz« muss ein vollständiger Abbau, mithin die komplette Beendigung der Kameraobservierung sein, was auch der einheitlichen Beschlusslage der Stadtteilgremien entspricht. Hier wird sich vor allem zeigen, was die GAL unternimmt, die auf

Senatsebene die Möglichkeit hätte, Druck auf den Innensenator auszuüben.

Auch den Lohmühlenpark zu stabilisieren und in Richtung Berliner Tor auszuweiten, ist zu begrüßen, wenngleich an dieser Stelle ansonsten nichts Weiteres zu lesen ist. Völlig im Nebel bleibt der Central Park, der seit rund zehn Jahren zwischen der Adenauerallee und der Kurt-Schumacher-Allee angelegt werden soll. Doch das Konzept ist nicht mehr taurisch, und von einer auch nur ansatzweisen Umsetzung ist der Bezirk meilenweit entfernt.

Die Heinrich-Wolgast-Schule als Ganztagschule zu gestalten, ist zu begrüßen. Konkrete Aussagen zum Aufbau der Primarschule – die die Heinrich-Wolgast-Schule zwecks pädagogischer Versorgung der Stadtteilkinder unbedingt werden muss – fehlen völlig. Ebenso nichtssagend klingt die Aussage, »die vorhandenen Angebote für Kinder und Jugendliche« seien zu »erhalten, auch baulich«. Anerkennung kann der Satz finden, dass die »finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendeinrichtungen« verbessert werde. Es stellt sich nur die entscheidende Frage: Wann und in welchem Umfang?

Stadtteilkino

Da das »Metropolis«-Kino ab August 2008 für zwei bis drei Jahre im alten »Savoy« unterkommen wird, bestehen hier gute Möglichkeiten der Ausweitung des Kulturangebots und der Vernetzung mit anderen Einrichtungen vor Ort. Schließlich ist das letzte St. Georger Kino dank der Politik der stadt-eigenen Sprinkenhof AG vor ein bis zwei Jahren aus dem Bierhaus rausgeflogen.

Wichtig ist der Gedanke im Koalitionspapier, das Gebäude am Steindamm nach dem planmäßigen Auszug des Metropolis auch anschließend »als Stadtteilkino und kulturellen Treffpunkt« nutzen zu können. An diese Aussage sind die SPD und die GAL zum gegebenen Zeitpunkt zu erinnern.

Eine detaillierte Bewertung aller Punkte der Koalitionsvereinbarung kann gern von mir abgefordert werden.

Hamburgs Finanzloch

Wie ein Kartenhaus ist das von Finanzsenator Freytag konstruierte Lügen-Gebäude von den »soliden Staatsfinanzen« zusammengekracht. Im Haushalt der Freien und Hansestadt klafft bis Ende der Legislaturperiode ein Riesenloch.

1. Bekannt ist seit längerem: Trotz eines großen Überschusses im Betriebshaushalt in den Jahren 2006 und 2007 von zusammen über 1,3 Mrd. Euro, weist die Finanzplanung bis 2012 ein Defizit von rund 1,6 Mrd. Euro aus.
2. In der zweiten Hälfte des Jahres 2007 wurden Ausgaben beschlossen, die den Haushalt um zusätzliche 800 Mio. Euro belasten. Das Finanzdefizit erhöht sich damit auf insgesamt 2,4 Mrd. Euro.
3. Die Kosten des Koalitionsvertrages beziffert Senator Freytag nach langem Schweigen auf 993,6 Mio. Euro – 599,6

Mio. Euro für den Betriebshaushalt und 394 Mio. Euro für Investitionen. Allein der Ausbau der Schulen und Kindergärten soll rund 150 Millionen Euro pro Jahr kosten.

Zusammengefasst: Dem schwarz-grünen Bündnis fehlen für den Haushalt bereits jetzt über drei Mrd. Euro. Trotz gestiegener Steuereinnahmen ist die Haushaltslage der Hansestadt angespannt. Der Senat muss in den kommenden Jahren städtisches Vermögen verkaufen, um seine Ausgaben zu finanzieren. Die absehbare konjunkturelle Abschwächung und die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen werden die Rechnung der Koalitionäre zusätzlich belasten.

Häppchenweise – dies ist die übliche Kommunikationspraxis – werden die BürgerInnen über die Presse informiert. »Es wird eine geringe Ausweitung des Haushalts geben«, sagte

Bürgermeister Ole von Beust. Diese könne »durch Vermögensveräußerungen, durch Umschichtungen und Einnahmeverbesserungen« finanziert werden. Die Finanzplanung sah bislang für 2009 einen Haushaltsumfang von rund 10,9 Milliarden Euro vor. Zudem waren dabei Vermögensäußerungen in Höhe von 125 Millionen Euro unterstellt. Dies soll erhöht werden.

1. Finanzsenator Freytag fordert die Senatoren auf, ohne Tabus weitere Verkäufe von Immobilien zu überlegen.
2. Aus dem Verkauf der HHLA-Anteile wurden 1,1 Mrd. Euro Erlöst. Es wird über den Verkauf von weiteren Anteilen sowie die Streckung der Investitionen für die Hafencity nachgedacht.
3. GAL-Fraktionschef Kerstan hatte bereits versprochen: Es wird Umschichtungen im Haushalt geben. Was das heißt, wird jetzt konkretisiert: Für den Ausbau des Bildungssektors müsse es »Einsparungen im Betriebshaushalt wie beispielsweise bei den Personalkosten« geben. Nach der vom alten CDU-Senat bekannten Logik soll also erneut zulasten der BürgerInnen der Stadt und der städtischen Beschäftigten gespart werden.

Was sind die Alternativen?

Kurzfristig sind die Handlungsmöglichkeiten eng:

1. Verzicht auf Prestigeprojekte in der Hafencity und anderswo. Offensichtlich erwägt der Senat, selbst das Science Center und die Hafencity-Universität auf den »Prüfstand« zu stellen. Das allein wird allerdings auch nicht ausreichen, um die gravierenden Finanzprobleme in den Griff zu kriegen.
2. Sofortige Maßnahmen zur Verbesserung des Steuervollzugs z.B. durch Aufstockung der Zahl der SteuerprüferInnen, Ausweitung von Außenprüfungen bei Einkommensmillionären, Umsatzsteuersonderprüfungen und die Ausweitung der Betriebsprüfungen. Für die Hamburger öffentlichen Kassen bedeutet dies eine Erhöhung der Einnahmen um etliche Millionen Euro.

Längerfristig muss die Einnahmesituation verbessert werden. Vor allem durch eine Veränderung auf Bundesebene könnte der Handlungsspielraum durch Veränderungen bei der Vermögens-, Erbschafts-, Unternehmenssteuer wiederhergestellt werden.

Bürgerbüros der LINKEN in Mitte

Die Mitglieder der Fraktion in der Bezirksversammlung und der Bürgerschaftsabgeordnete Joachim Bischoff des Wahlkreises 1 sind demnächst auch persönlich während der Sprechstunden zu erreichen: Die Bürgerbüros befinden sich in der Borgfelder Str. 83



Über Telefon, Bürozeiten etc. informiere ich im nächsten BürgerInnenbrief.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittensang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.